

# FORUM zur Aufklärung und Erneuerung e. V. Der Vorstand

**Postverbindung:**  
Ruschestr. 103 (Haus I)  
10365 Berlin  
**Tel./Fax:** 030/55155986  
**Vereinsregister:**  
AG Leipzig, VR 1748  
**Bankverbindung:**  
Kto.: 33005750  
BLZ.: 81053272  
Stadtparkasse Magdeburg  
**Web:** www.ddr-diktatur.de

Gleichlautend an die Fraktionen der CDU/CSU, Bündnis 90/Grüne, FDP und SPD:

Deutscher Bundestag  
Fraktion der CDU/CSU  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Berlin, den 12.12.2006

## **Behörde des/der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) bediente sich der Kompetenzen von MfS-Angehörigen – bisherige Erklärungen laufen auf Verharmlosung und wissentliche Täuschung der Öffentlichkeit hinaus**

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Kauder,  
sehr geehrte Damen und Herren,

seit zwei Wochen fließen uns dank der Recherchen von Journalisten der Berliner Morgenpost immer neue Informationen über das wahre Ausmaß der Transfers aus dem Kaderbestand des ehemaligen MfS in den Personalbestand der Behörde, die vertrauensstiftend oder schmeicheld mit den Namen des jeweiligen Hausherrn(in) bedacht wurde und wird, zu. Wir vertrauten blindlings darauf, dass nach den Bekenntnissen des Joachim Gauck 15 MfS-Angehörige mit ihrem Fachwissen für die Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Behörde unverzichtbar waren. Eine Zumutung war diese Tatsache allemal. Es war ein Eingeständnis (aus heutiger Sicht: ein Vor-, Gauck'eln!) von Hilflosigkeit, die vom MfS unter Embargobbruch aus der Bundesrepublik Deutschland von einem bekannten Großkonzern bezogene Hard- und Basissoftware nur über MfS-Spezialisten für Behördenzwecke dienstbar machen zu können. Beunruhigungen, die jeden von uns hätten befallen müssen, wurden verdrängt, da die obersten Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, das Bundesinnenministerium, der Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst, selbst offenkundig keine Sicherheitsvorbehalte hatten. Über anderthalb Jahrzehnte wurde die Gauck'sche Kaderpolitik nicht hinterfragt. Warum eigentlich nicht? Diese Tatsache verdient vor dem Hintergrund der jetzt nach oben gekehrten Tatsachen Aufmerksamkeit aus weitergehenden Gründen, und zwar auch deshalb, weil die vor anderthalb Jahren für eine zweite Amtszeit bestätigte Marianne Birthler den Skandal herunterzuspielen sucht.

Sie besänftigt die Verfolgungopfer der DDR-Diktatur und die interessierte Öffentlichkeit, indem sie mit dem prüfenden „Blick in das Gesicht“, eine eher homöopathische Diagnosemethode, sich der Loyalität der Leiharbeiter aus dem Hause Mielke versichert habe.

Allein darauf wollen und können wir uns nicht verlassen.

Aus unserer Sicht erscheinen jetzt bei der Vorbereitung der Akteneinsicht für Betroffene behördlich nicht erkannte schwerwiegende MfS-Übergriffe/-Manipulationen und die Verwei-

gerung der Akteneinsicht für von Verfolgungsoptionen gemäß § 12 Abs. 1 StUG Bevollmächtigte, betraut mit der Vorbereitung von Rehabilitierungs-/Wiederaufnahmeverfahren, in einem völlig neuen Licht.

**Wir bitten Sie, unser Begehren zu unterstützen und von der BStU verbindliche Auskünfte zu nachstehenden Fragen einzufordern:**

1. Wirken ehemalige MfS-Mitarbeiter an der Aufbereitung nicht erschlossener MfS-Akten, einschließlich solcher aus den Reißwolfaktionen, mit?
2. Haben ehemalige MfS-Mitarbeiter durch Mitwirkung an Recherchen für die Vorbereitung der Akteneinsicht für Opfer, Journalisten, Wissenschaftler oder den innerbehördlichen Transport persönlichen Zugang zu MfS-Akten und liegen Auswahl- und Vorlageentscheidungen in deren alleiniger Verantwortung ?
3. Wie viele Kader aus dem SED- und Staatsapparat (Zentralkomitee der SED, Zentralinstitut für Marxismus-Leninismus, Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Akademie der Wissenschaften, SED-Bezirksleitung, Ministerrat der DDR, Ministerien, Staatssekretariate, Diplomatendienst, Räte der Bezirke, Magistrat von Berlin, Räte der Stadtbezirke/Kreise) durch die Behörde übernommen wurden?
4. Bekleiden die unter 2. und 3. genannten Mitarbeiter Leitungsfunktionen, welche?

Der behördeninternen Integration von Trägern der DDR-Diktatur bei gleichzeitiger Verdrängung von politischer Verfolgung Betroffenen haben wir in den zurückliegenden Jahren nicht die gebotene Aufmerksamkeit gewidmet. .

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages sollte aus unserer Sicht geprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Dobrinski

Carola Winkler

Dem Schreiben sind beigetreten:

- Hugo Diederich, BSV Bundesvorstand
- Wolfgang Kockrow, Peter A. Hussock  
Help e. V.
- Tatjana Sterneberg  
Beratungsstelle für Opfer der SED-Diktatur  
beim SoVD, Landesverb. Berlin-Brandenbg.
- Hugo Diederich, Alexander Latozky  
VOS Bundesvorstand
- Jutta Kleinschmidt, Bund der Mitteldeutschen

Kopie: Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien,  
Herrn Bernd Neumann